943.14
P946

NOTICE: **Return or renew all Library Materials! The *Minimum* Fee for each Lost Book is $50.00.**

The person charging this material is responsible for its return to the library from which it was withdrawn on or before the **Latest Date** stamped below.

Theft, mutilation, and underlining of books are reasons for disciplinary action and may result in dismissal from the University.
To renew call Telephone Center, 333-8400

UNIVERSITY OF ILLINOIS LIBRARY AT URBANA-CHAMPAIGN

DEC 22 2005

L161—O-1096

Digitized by the Internet Archive
in 2025 with funding from
University of Illinois Urbana-Champaign

https://archive.org/details/protestversammlu00unse

Protestversammlung

gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens

am Sonntag, den 22. Mai 1921, Vormittag 11 Uhr im großen Saale der Philharmonie, Berlin.

Einberufer:

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa). Deutscher Gewerkschaftsbund (Gesamtverband der Christl. Gewerkschaften). **Deutscher Gewerkschaftsring. Deutscher Industrie- und Handelstag** (Handelskammer zu Berlin). **Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft. Reichsverband der Deutschen Industrie. Reichsverband der Deutschen Presse. Verein Arbeiterpresse. Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände. Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes. Zentralverband des Deutschen Großhandels.**

Preis 2 Mark.

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin

UNIVERSITY OF ILLINOIS LIBRARY AT URBANA-CHAMPAIGN

943.14
P946

Eröffnungsansprache des Reichstagspräsidenten.

Die Versammlung wird durch den Präsidenten des Reichstags Löbe mit folgenden Worten eröffnet:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Indem ich die Kundgebung für unsere oberschlesischen Landsleute eröffne, danke ich Ihnen für Ihr zahlreiches Erscheinen. Gerechtigkeit für Oberschlesien! Unter diesem Rufe haben sich zusammengefunden Vertreter aller erwerbenden Stände ohne Unterschied der Partei und des Bekenntnisses, Arbeitnehmer und Arbeitgeber aus Industrie, Handel und Landwirtschaft. Sie möchten, daß ihr Ruf gehört werde weit über die Grenzen unseres Reiches in der ganzen zivilisierten Welt und vor allem bei denen, in deren Hände die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens gelegt ist.

Das Ende der Gewalt, der Beginn des Rechtes sollte der Vertrag sein, der das Schicksal Oberschlesiens in die geordnete Willenskundgebung seiner Bewohner legte. Aber schlimmste Gewalt ist es, die jetzt versucht, sowohl den Vertrag, als auch das Selbstbestimmungsrecht in Scherben zu schlagen. Wir wünschen keine Vorrechte, wir bitten um keine besondere Gunst, wir verlangen nur die Einhaltung des Vertrages, unter dessen sonstige schwere Lasten wir uns beugen mußten und den zu erfüllen Deutschland sich bereit erklärt hat. Es ist hier nicht der Ort, seine Bestimmungen zu kritisieren oder den Standpunkt des einzelnen dazu zu erörtern. In einem aber sollten wir alle einig sein, müßten auch unsere Vertragsgegner einig sein, daß nämlich die wenigen Artikel, die uns ein Recht zubilligen, nicht gebeugt und gebrochen werden dürfen zu gunsten von gewalttätigen Rechtsbrechern, die sowohl den Friedensvertrag, als auch seine Garanten verhöhnen. (Zustimmung.)

Der Gewaltakt, unter dem unsere oberschlesischen Landsleute leiden, ist von langer Hand vorbereitet; vorbereitet unter stillschweigender Duldung, wenn nicht unter aktiver Teilnahme von Teilen der französischen Besatzung. (Pfui-Rufe.) Dafür sprechen nicht nur Indizien, darauf weist nicht nur das Verhalten der französischen Besatzung hin, nein, das haben polnische Wortführer, die das Stillschweigen nicht beobachten konnten, selbst verkündet. Von Herrn Waldemar Ossowski, der auf die Bitte der deutschen oberschlesischen Gewerkschaftler nach Italien gegangen ist, um seine dortigen Parteifreunde für eine Erhaltung Oberschlesiens beim Reiche zu interessieren, habe ich eine am 1. Mai in Rom abgegangene Karte erhalten, nach welcher dort vorher polnische Abgesandte vorgesprochen haben, darunter der Parteiführer Biniszkiewicz, die in

Rom ausdrücklich erklärten, daß die Polen auf Grund von Vereinbarungen mit französischen Militaristen sich Oberschlesiens mit Gewalt bemächtigen würden (hört, hört!), falls der Oberste Rat ihnen Oberschlesien nicht zuspricht. (Hört! Hört!) Und die Herren haben daran die Bitte geknüpft: um neue Gewalttätigkeiten zu verhindern, möge Italien gleich für die Zuteilung Oberschlesiens zu Polen sprechen.

Also wohlgemerkt, meine Damen und Herren: vor dem 1. Mai war die Gewaltaktion so deutlich vorbereitet, daß sie bereits in einem fremden Lande zu Papier gebracht werden konnte, und vor dem 1. Mai war das Einverständnis der französischen Besatzung so gesichert, wie es nachher in der Tat auch eingetreten ist. (Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren! Es gibt ja auch gar keine andere Erklärung für das Verhalten der französischen Militärs im Abstimmungsgebiet. Konnten sie sonst ihre Verbündeten, konnten sie die tapfer kämpfenden Italiener so im Stiche lassen, wie es z. B. ein Flüchtling aus Kattowitz am 3. Mai am dortigen Bahnhof erlebt hat, daß ein vollbesetzter französischer Tank untätig beiseite stand, während die Italiener sich der Angriffe der Insurgenten erwehrten? (Hört! Hört!) Konnten sonst die Franzosen die Wahrung des Rechtes, des Friedens, der Ordnung und des Lebensschutzes, den sie feierlich gelobt hatten, den viel schwächer vertretenen Engländern und Italienern ganz überlassen, wenn sie nicht selbst mit im Bunde waren? Nein, meine Damen und Herren. Lloyd George hat in seiner Antwort an den neuen amerikanischen Botschafter in treffenden Worten darauf hingewiesen, welch unbeschreibliche Katastrophe über Europa kommen müßte, wenn jemals ein neuer Krieg unseren Erdteil überzieht. Was tun aber, so frage ich, die polnischen Banden anders, als Krieg und Mord in ein Land hineintragen, dessen Schutz den Alliierten bis zur Entscheidung anvertraut ist? (Sehr richtig!) Was tun sie anders, als rohe Gewalt an Stelle des Rechtes setzen, das unsere Landsleute schützen und unsere Ansprüche wahren sollte?

Im Namen der Zehntausende, die leiden, während wir in diesem Saale versammelt sind, fußend auf die Volksentscheidung, die der Abstimmungstag ergeben hat, rufen wir nach Gerechtigkeit, nach schneller Entscheidung über die staatliche Zugehörigkeit des Landes, das seit zwei Jahren wegen der Unsicherheit seiner Zukunft von den schwersten Erschütterungen heimgesucht ist. Wir begrüßen es, daß Amerika zu denen getreten ist, die der Beratung über das oberschlesische Geschick beiwohnen wollen. Wir begrüßen es, daß England und Italien, die in dieser Frage objektiv bleiben wollen, auf diese Weise einen Beistand erhalten. Aber wir rufen ihnen von hier aus zu: Schützt das Recht eures Vertrages! Gebt das Leben der oberschlesischen Bevölkerung nicht länger dem zügellosen Wüten der Banden preis! Helft der Gerechtigkeit zum baldigen und endlichen Siege! (Lebhafter Beifall.)

Herr Professor Ludwig Wüllner wird die Freundlichkeit haben, einige Worte zu Ihnen zu sagen.

Prolog

von

Professor Ludwig Wüllner.

Oberschlesien, deutscher Boden, den in freiem Wandergang
Stolz als Deutscher ich betrete, sei gegrüßt mit Herz und Sang.
Funken sprühn aus tausend Essen, wabernd loht die rote Glut,
Wo die Arbeit unverdrossen redlich mehrte deutsches Gut.
Eisenhämmer wuchtig dröhnen, untertan ward alle Kraft,
Die im Schweiß von tausend Stirnen Tag und Nächte
rastlos schafft.
Dunkle Schächte, weite Stollen, fördern Schätze, Kohlen, Erz,
Wo die Schlägel hell erklingen, Glückauf ruft das feste Herz.
Eisenstränge silbern blinken, voll beladner Züge Lauf,
Horch, das Stampfen der Maschinen spielt zum Lied des
Werktags auf.
Und doch Aehren auf den Feldern, wo des Landmanns treue
Hand
Goldne Fluren, Wiesengründe nutzbar macht dem Vaterland.
Wälder rauschen, Ströme brausen, Kraft und Mark uralter
Klang:
Oberschlesien, deutscher Boden, bleib uns deutsch trotz Sturm
und Drang!

(Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Ansprache des Preußischen Landtagspräsidenten.

Präsident des Reichstags Löbe:

Das Wort nimmt jetzt der Präsident des Preußischen Landtags Herr Leinert.

Präsident des Preußischen Landtags Leinert:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ehe der Friede von Versailles geschlossen wurde, da wurde von der Entente verkündet: Kein Volk darf unter eine Staatsgewalt gezwungen werden, unter der es nicht zu leben wünscht. Unter diesem Rufe hat die Entente den Krieg begonnen und eine Macht in die Hände bekommen, wie niemals Staatsmänner sie in der Geschichte der Menschheit erhalten haben. Sie konnten diese Grundsätze verwirklichen, die sie selbst verkündet haben. Sie haben aber das Gegenteil getan. Die Friedensbedingungen von Versailles sind die Zertrümmerung des Rechtes. Mit Gewalt hat man Deutsche unter Fremdherrschaft gezwungen. Das Saargebiet, Westpreußen, Posen, Eupen-Malmedy — nirgends sind die Machtbefugnisse der Regierungen, die über diese Gebiete herrschen, herzuleiten von der Zustimmung der Regierten.

Das gleiche Schicksal hatte man Oberschlesien zugedacht. Die Friedensbedingungen in ihrer Unmöglichkeit trennten es kurzerhand von Deutschland, und erst die Einwendungen der deutschen Friedensdelegation führten dazu, daß eine Abstimmung geschaffen wurde. Und diese Abstimmung hat eine große Mehrheit für Deutschland ergeben. Oberschlesien will bei Deutschland bleiben. Diese Abstimmung ist der Beweis für das maßlose Unrecht des Gewaltfriedens von Versailles.

Die Entente hat diese Abstimmung nicht zugelassen, weil sie dem Rechte zum Triumph verhelfen wollte, sondern weil sie annahm, Oberschlesien sei polnisch und die Abstimmung würde ihr Unrecht in Recht verwandeln. Denn in ihrer Antwort, die sie der deutschen Delegation erteilte, erklärte sie auf unsere Einwendungen, daß die Abtretung Oberschlesiens an Polen gegen die Wilsonschen Grundsätze verstoße, wonach nur unbestritten polnische Gebiete Polen zuerkannt werden sollten: „In den Bezirken, deren Abtretung in Frage steht, ist die Mehrheit der Bevölkerung unbestreitbar polnisch." Das hat die Entente vor der Abänderung des Friedensvertrages verkündet, und diese Behauptung ist Lügen gestraft worden durch die Abstimmung.

Wir danken der oberschlesischen Bevölkerung, daß sie mit der Abstimmung für alle Zeiten den Friedensvertrag als brutale Gewaltbedingungen festgestellt haben. Wir danken ihnen, weil sie so unglaubliche Qualen erdulden mußten. Viele haben ihre Bekundung des Deutschtums am Abstimmungstage mit ihrem Leben besiegelt und ein Heldentum bewiesen, vor dem wir uns mit Ergriffenheit verneigen müssen. Die entsetzlichen furchtbaren Leiden und Vergewaltigungen haben sie erduldet, weil sie mit dem Bekenntnis des Deutschtums zugleich das Unrecht von Versailles für alle Welt sichtbar gemacht haben.

Aufstände, Mord und Totschlag, das ist das Ergebnis der feindlichen Besatzung gewesen, die erfolgen sollte, um den Frieden in Oberschlesien zu sichern, um die Freiheit der Abstimmung zu garantieren. Der Name Korfanty wird für alle Zeiten der Ausdruck blutigen Schreckens für die Menschheit bleiben. (Lebhafte Zustimmung.) Erdrückende Hilferufe dringen zu uns, weil man in Oberschlesien eine fertige Tatsache schaffen will. Frankreich, das vor allen Dingen diese Insurgenten begünstigt, will die Lüge des Friedensvertrages wahr machen durch polnische Gewalt.

Es wurde in jener Note über Oberschlesien nicht nur gesagt, daß die Mehrheit der oberschlesischen Bevölkerung unbestreitbar polnisch sei, nein, es wurde verkündet: „Alle deutschen Spezialwerke, alle Schulhandbücher lehren den deutschen Kindern, daß die Bewohner nach Ursprung und Sprache Polen sind. Die alliierten und assoziierten Regierungen hätten vollkommen die Grundsätze verletzt, zu denen die deutsche Regierung sich selbst bekannt hat, wenn sie nicht den Rechten der Polen auf Oberschlesien Rechnung getragen hätten.“ Das war geschehen durch den ursprünglichen Friedensvertrag. Weil aber Deutschland diese Schlußfolgerungen nicht anerkannte, ist in die Abstimmung gewilligt worden mit dem Bemerken, daß die Alliierten sich glücklich geschätzt hätten, wenn sie diese Abstimmung hätten vermeiden können.

Nun die Volksabstimmung für Deutschland einen Erfolg gebracht hat, sind die Alliierten zum Teil unglücklich darüber, daß ihr Friedensvertrag dieses schändliche Unrecht enthalten hat, und darum begünstigen sie die polnische Gewalt.

Aber, meine verehrten Damen und Herren, mit diesen Feststellungen ist auch die Gewalt, die der Friedensvertrag in Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Schlesien gebracht hat, gebrandmarkt als das größte Unrecht. Ohne Volksabstimmung sind diese Gebiete unter fremde Staatsgewalt gebracht worden. Hier hat der Sieger dem Besiegten seine Bedingungen aufgezwungen und dasjenige geschaffen, was Wilson glaubte, durch den Krieg abwehren zu können. Der Friede hat einen Stachel Rachsucht und Bitterkeit hinterlassen (sehr richtig!), so daß ein solcher Frieden nicht auf fester Grundlage, sondern nur wie auf Triebsand ruhen wird. (Sehr wahr!)

In der Tat können wir diesen willkürlich durch Gewalt festgesetzten Grenzen des Deutschen Reiches auf die Dauer Gerechtigkeit nicht zusprechen. (Zustimmung.) Es scheint, daß man im

Osten ein neues Elsaß-Lothringen schaffen will, das ewig wie eine brennende Wunde bestehen soll. Frankreich will sich Polen als Bundesgenossen des Unrechts sichern. Deshalb die Unterstützung der polnischen Gewalttätigkeiten, deshalb die Unterstützung, die sich gegen das deutsche Volk richtet. Und warum? Frankreich hat den Krieg mit seinen Verbündeten gewonnen, es befürchtet jetzt, daß es den Frieden verlieren wird. (Sehr gut!) Darum soll die Welt in Kriegsrüstung und in ewiger nationalistischer Spannung erhalten werden. Man befürchtet, daß das deutsche Volk in seiner großen Kraft siegreich bleiben wird im Frieden. Darum wollen sie das deutsche Volk gewaltsam verstümmeln und deutsche Kultur vernichten. (Sehr richtig!)

Hiergegen protestieren wir feierlich und rufen die ganze Welt an, damit sie uns hilft, unser Recht zu verteidigen. Wir fordern eine baldige Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens. Aber wir können keine Entscheidung annehmen, die sich auf das Unrecht stützt. Um Recht zu schaffen, hat Amerika in den Krieg eingegriffen, und um Recht zu schaffen, scheint Amerika in den Obersten Rat in dieser Stunde eingetreten zu sein. Jetzt muß sich zeigen, meine verehrten Damen und Herren, ob das Bekenntnis zum Völkerrecht, ob das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht aller Völker in Amerika nur ein Lippenbekenntnis gewesen ist, oder ob es wirklich eine Ueberzeugung ist, die einmal in der Welt sich durchsetzen wird. Nach all dem Schrecklichen, das hinter uns liegt, gilt es jetzt, die Wohlfahrt der Völker aufzubauen. Das kann aber nur möglich werden, wenn keine Feindschaft die Völker mehr trennt, das kann nur möglich werden, wenn alle Völker ihre Regierungen aufbauen auf dem Selbstbestimmungsrecht, wenn sie regiert werden von dem Willen eines einigen Volkes. (Beifall.)

Wir verlangen eine gerechte Entscheidung, die den Frieden der Welt verbürgt. Keine andere Macht sollte hergestellt werden, die nicht bestrebt ist, dem Weltfrieden und dem Wohlergehen und dem Glück der Völker zu dienen. So soll auch die polnische Macht kein anderes Ziel haben, und sie soll kein anderes Ziel vertreten als dasjenige, was man während des Krieges als das Ziel der Beendigung des Krieges hingestellt hat. Und dieser Absicht, dem Weltfrieden und dem Wohlergehen und dem Glück der Völker zu dienen, muß auch die Entscheidung über die Zugehörigkeit zu Oberschlesien unterstellt werden. Bei der Entscheidung muß das Recht der Oberschlesier, der Deutschen, bei Deutschland zu bleiben, berücksichtigt und garantiert werden. (Beifall.) Das Recht der Völker, das Recht der gewaltsam abgetrennten Oberschlesier auf ihre Zugehörigkeit zu Deutschland muß durch die Entscheidung verwirklicht werden. (Bravo!) Nicht nur verwirklicht werden, indem man eine von allen Kreisen der Bevölkerung nicht annehmbare Entscheidung schafft, sondern Oberschlesien ist ungeteilt zur Abstimmung gestellt, und die Entscheidung, die wir fordern, kann nur die sein: Oberschlesien muß ungeteilt bei Deutschland bleiben! (Stürmischer Beifall.)

Sympathiekundgebung der Freien Gewerkschaften.

Präsident des Reichstags Löbe:

Nunmehr nimmt das Wort der zweite Vorsitzende im Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herr Graßmann.

Herr Graßmann, zweiter Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes:

Meine Damen und Herren! In diesen Tagen, in denen die Plakate, die zur Teilnahme an dieser Versammlung aufforderten, an den Säulen klebten, ist wiederholt die Frage aufgetaucht, ob es sich rechtfertigen lasse, daß Arbeitnehmer, das heißt Arbeiter und Angestellte, zu einer Kundgebung in dieser Angelegenheit gemeinsam mit den Vertretern der übrigen Bevölkerungsschichten sich zusammenfinden dürften. Diese Frage aufwerfen heißt zugleich sie beantworten, und zwar sie bejahen. Es gibt Fragen, in denen nicht nur die Glieder eines Volkes zusammengehen müßten, sondern in denen eigentlich alle anständig denkenden Menschen zusammengehen müßten (lebhafter Beifall), ohne Unterschied des politischen, ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses. (Erneuter Beifall.)

Die Zustände in Oberschlesien sind so, daß nach unserem Gefühl, nach unserer Beurteilung unser ganzes Volk zusammenstehen müßte wie ein Mann, um sich dagegen zu wehren. (Sehr richtig!) Und wir, die organisierte Arbeitnehmerschaft, haben um so mehr Veranlassung, diese Forderung des einheitlichen Zusammengehens zu erheben, als unsere in Oberschlesien lebenden Arbeitskameraden uns und die gesamte Kulturwelt bestürmt haben, zu helfen, alles zu tun, alle Einflüsse lebendig werden zu lassen, um sie von dem unerhörten Druck, der auf ihnen lastet, zu befreien.

Darum sind wir, die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Arbeiter, der Meinung gewesen, daß, unbeschadet der sonst vorhandenen Meinungsverschiedenheiten mit den übrigen Schichten unseres Landes, in dieser Frage ein einheitliches Zusammengehen notwendig sei. (Lebhafte Zustimmung.)

Und nun gestatten Sie mir, daß ich als Vertreter einer Richtung, die für sich in Anspruch nimmt, daß sie kühl und sachlich mit den gegebenen Tatsachen rechnet, ganz fern von irgendeinem nationalen oder nationalistischen Ueberschwang auch ganz kühl und sachlich prüfe, warum wir Arbeitnehmer darauf bestehen müssen, daß Oberschlesien deutsch bleibt, warum wir Arbeitnehmer darauf bestehen müssen, daß Ruhe und Frieden in Oberschlesien Platz greift. Deutschland hat das ihm auferlegte Ultimatum unterschrieben, und Deutschland kann die ihm auferlegten Bedingungen nicht erfüllen, es kann nicht einmal einen ernstlichen Versuch der Erfüllung machen, eine ehrliche Durchführung nicht einmal anstreben, wenn man ihm die wenigen ihm verbliebenen Hilfsquellen noch weiter beschränkt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir Arbeitnehmer, die

wir gerade gegenüber unseren Brüdern in der Internationale immer wieder den guten Willen der Wiedergutmachung versichert haben, wir würden mit unseren ehrlichen Worten nicht bestehen bleiben können, wenn man uns die paar Gebiete noch weiter beschneidet oder gar nimmt, die uns eine Möglichkeit der Durchführung überhaupt noch gewährleisten. (Lebhafte Zustimmung.) Aus diesem Grunde müssen wir darauf bestehen, daß Oberschlesien möglichst intakt, möglichst ungeteilt beim Deutschen Reich verbleibt. (Beifall.)

Das ist die eine Seite. Ob die Entente glaubt, ob der Oberste Rat glaubt, irgendein Kompromiß schließen zu müssen, um die streitenden Geister im eigenen Lager zu besänftigen und zu vereinen, das kann uns nicht kümmern. Unsere Stellung muß sein: Oberschlesien muß bei Deutschland bleiben; einmal auf Grund der Abstimmung, zum Zweiten aber auch aus dem Grunde, weil man ein so innig miteinander verbundenes Wirtschaftsgebiet nicht durch politische Grenzen trennen kann, wenn man nicht beide Teile lebensunfähig machen will. (Lebhafte Zustimmung.)

Das wäre die wirtschaftliche Seite. Und nun gestatten Sie mir, nachdem ich vorhin für mich das Recht der kühlsten und sachlichsten und nüchternsten Prüfung in Anspruch genommen habe, eine andere Seite zu beleuchten.

In welches Land geraten unsere Arbeitskameraden, in welches Land geraten unsere Gewerkschaftsgenossen, die eventuell vom Deutschen Reich getrennt und Polen zugeteilt werden? Wir haben im Deutschen Reich eine Reihe von Einrichtungen getroffen, und wir sind unausgesetzt bestrebt, die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse so zu gestalten, daß möglichst alle Volksgenossen in unserem Reich, unter unserem Volk sich wohlfühlen sollen. Wir haben eine Reihe von Einrichtungen getroffen, die, ohne daß sie einen Idealzustand darstellen, trotzdem derart sind, daß unsere Nachbarn sie erst als erstrebenswerte Aufgaben betrachten können. (Sehr wahr!) Wir haben den Achtstundentag gesetzlich durch Verordnung durchgeführt, wir haben durch Verordnung den Gedanken der Schlichtung, des Schiedsverfahrens und der Einigungsämter durchgeführt. Wir haben ein Gesetz durchgeführt, das den Arbeitern im Betriebe größere Rechte und Anteil an der Produktion verschaffen soll. Wenn wir auch der Meinung sind, daß dieses Gesetz und seine Bestimmungen nicht den Zustand darstellen, den wir als den erstrebenswerten betrachten, so ist es doch ein Anfang, auf dem wir weiterbauen wollen. (Sehr richtig!)

Und nun frage ich Sie: in welchem unserer Nachbarländer finden Sie ähnliche Bestimmungen? In welchem unserer Nachbarländer finden Sie etwas, was annähernd in seinem Gesamtwerte dem gleicht, was wir in Deutschland Sozialpolitik nennen? Den Schutz der Frauen, das Verbot der Kinderarbeit, die Bestimmungen, die dem Arbeiter bei Leben und Gesundheit gefährdenden Maschinen und Betrieben Vorrichtungen schaffen, die ihm Leben und Gesundheit gewährleisten sollen, die Ein-

richtungen für die Zeiten der Krankheit, der Invalidität. Alles Dinge, die natürlich im Augenblick nicht ausreichen, um den Zweck, für den sie geschaffen sind, voll zu erfüllen. Aber Einrichtungen, die sich im Laufe der Jahre eingelebt und ungeheure Erleichterungen für unsere Volksgenossen gebracht haben. Einrichtungen, die fortzuführen und auszubauen unser heiligstes Bestreben sein wird. Wo finden Sie etwas Aehnliches in seiner Gesamtauswirkung in den anderen Ländern? Wo finden Sie namentlich etwas Aehnliches in dem Lande, dem dieses oberschlesische Gebiet zugeteilt werden soll, in Polen? (Sehr richtig! und lautes Lachen.)

Es liegt mir fern, über ein Land zu urteilen, dessen politische Vergangenheit allerdings wenig Aussicht dafür bietet, daß es jemals dieselbe soziale Wohlfahrt und dieselbe soziale Beflissenheit zeigen wird wie Deutschland. Das ist Sache derjenigen, die in dem Lande leben. Aber wir wehren uns dagegen, daß in diese ungewisse Zukunft noch andere hineingerissen werden, die ein etwa bestehendes Besseres aufgeben, ohne zu wissen, was sie dafür eintauschen. (Zustimmung.)

Das ist das eine. Wir würden also diejenigen von unseren Arbeitskameraden unendlich bedauern, die einer derartigen ungewissen Zukunft entgegengehen würden. Aber damit ist es nicht abgetan, auch unsere eigenen Interessen kommen in Frage. Wir wissen aus der Erfahrung, daß in all den Gebieten, in denen derartige rückständige wirtschaftliche und politische Zustände vorhanden sind, die Arbeiterschaft im Laufe der Jahre in ihrer gesamten Lebenshaltung auf ein niedrigeres Niveau hinabgehen muß. Wir befürchten außerordentlich, daß auch unsere Arbeitskameraden, die heute in Oberschlesien leben, und die eventuell zu Polen müßten, genau so wie ihre Brüder in Posen und Westpreußen allmählich auf ein Lebensniveau gedrückt werden, das ihnen Zustände angenehm erscheinen läßt, wie wir sie aus den Jahren vor dem Kriege gekannt haben, als nach den östlichen Randgebieten unseres Landes Seelenverkäufer gegangen sind, die in Massen bedürfnislose Arbeiter zusammengeschart haben, um sie in unsere Großindustriegebiete zu werfen, Arbeiter, die infolge ihrer außerordentlichen Bedürfnislosigkeit unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschädigt, die uns in unserer gesamten gewerkschaftlichen Tätigkeit außerordentlich behindert haben. (Sehr richtig!) Dagegen wollen wir uns zur Wehr setzen.

Wir haben in den Jahren vor dem Kriege — und das ist ein Ruhmesblatt in der gewerkschaftlichen Geschichte — uns unausgesetzt bemüht, die Lebenshaltung der hand- und kopfarbeitenden Bevölkerung zu heben, ihnen mehr und mehr Anteile an den Genüssen des Lebens zu verschaffen. Wir sehen diese Tätigkeit außerordentlich bedroht, wenn der Kreis derjenigen größer wird, die dann ungefähr in derselben Bedürfnislosigkeit in die Gebiete hineinströmen würden, wie das früher der Fall war, weil wir in ihnen Leute sehen, die einen Lohndruck, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den Kauf nehmen würden aus

dem einfachen Grunde, weil auch diese verschlechterten Bedingungen bei uns immer noch turmhoch besser wären als die im eigenen Lande.

Aus diesen sehr kühlen und sachlichen Erwägungen heraus wünschen wir, daß Oberschlesien deutsch bleibt, aber auch aus den Erwägungen heraus, daß gegenwärtig unter dem Namen einer nationalen Befreiung Raub, Mord, Totschlag, Mißhandlung und Plünderung in diesen Gebieten herrschen und daß von diesen außerordentlichen Drangsalen und Belästigungen unsere Arbeitsbrüder in ganz besonderem Maße betroffen werden. Aus diesem Grunde verlangen wir, daß diejenigen, die für die Möglichkeit der Ereignisse da drüben verantwortlich sind, endlich auch einmal den Worten die Taten folgen lassen, daß die Interalliierte Kommission bezw. der hinter ihr stehende Oberste Rat, daß die Vertreter der Kulturnationen unverzüglich dafür sorgen, daß in Oberschlesien auch die Kultur erhalten bleibt und nicht vor die Hunde geht. (Lebhafter Beifall.) Darum verlangen wir — und darin befinden wir uns mit den übrigen Volksgenossen in Uebereinstimmung — im Interesse der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit und Kultur unverzügliches Eingreifen, verlangen wir die Durchführung dessen, wessen wir uns angeblich seit zwei Jahren erfreuen sollen, verlangen wir die Durchführung des Friedens, verlangen wir die Aufrechterhaltung und die Anerkennung der Gerechtigkeit. (Starker Beifall.)

Der Präsident der Berliner Handelskammer.

Präsident des Reichstags Löbe:

Ich bitte nunmehr um Aufmerksamkeit für den Präsidenten der Handelskammer von Berlin, Herrn Franz v. Mendelssohn.

Franz v. Mendelssohn (Präsident der Handelskammer Berlin):

Meine Damen und Herren! Die amtlichen Vertretungen von Deutschlands Industrie und Handel sind keine politischen Körperschaften. Deshalb gehe ich auf die politische Bedeutung der oberschlesischen Frage nicht ein. Aber über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus beanspruche ich Gehör für die Forderung der deutschen Wirtschaft: Oberschlesien muß ungeteilt bei Deutschland bleiben. (Bravo! und Händeklatschen.)

Drei große Gesichtspunkte lassen Sie mich in den Vordergrund stellen. Der erste ergibt sich aus dem herzlichen Mitgefühl für unsere oberschlesischen Berufsgenossen. Deutscher Gewerbefleiß hat in jahrhundertelanger Arbeit Oberschlesien zu einem Industriegebiet ersten Ranges gemacht. Wir können und dürfen nicht dulden, daß unsere deutschen Berufsgenossen durch einen Akt der Vergewaltigung um die Früchte ihres und ihrer Väter Fleißes betrogen und der Verelendung preisgegeben werden, was unzweifelhaft eintreten würde, wenn Teile Oberschlesiens vom deutschen Heimatlande losgerissen würden.

Zweitens, Deutschland braucht Oberschlesien zu seiner eigenen wirtschaftlichen Existenz. Unser Wohlstand ist durch den unglücklichen Ausgang des Krieges zerstört. Was heute noch als Wohlstand angesehen wird, ist trügerischer Schein. (Sehr richtig!) Würde dem deutschen Wirtschaftsleben nun aber eine seiner blühendsten Provinzen genommen, würden ihm nach den unersetzlichen Verlusten an Kraftquellen, die es durch den Vertrag von Versailles erlitten hat, auch noch die Kohlen- und Zinkgruben Oberschlesiens entrissen, so wäre ihm die Fähigkeit zur Gesundung erbarmungslos abgeschnitten. (Sehr wahr!)

Hieraus folgt das Dritte, das sich auf unsere Vertragsverpflichtungen zu der Entente bezieht. Hierauf hat mein Herr Vorredner bereits hingewiesen, aber ich kann noch nicht unterlassen, es nochmals zu betonen. In Industrie und Handel waren die Meinungen geteilt, ob es richtig war, diese Pflichten zu übernehmen. Aber Einigkeit herrscht auch in unseren Kreisen darin, daß, nachdem sie übernommen sind, alles daran gesetzt werden muß, sie gewissenhaft zu erfüllen. Hierfür ist die intensivste Steigerung der Gütererzeugung notwendig. Dazu brauchen wir Kredit und Arbeit. Die Abtrennung oberschlesischen Gebietes würde aber dem deutschen Kapitalmarkt, der an den dortigen von ihm finanzierten Unternehmungen unübersehbare Einbuße zu beklagen hätte, den Kredit entziehen, und die schaffensbereiten Köpfe und Hände wären durch die Vorenthaltung der Rohstoffe zum Feiern verurteilt.

Darum fordern Industrie und Handel, daß die Entscheidung über Oberschlesien gefällt wird, wie sie nach dem Gesamtergebnis der Abstimmung im Sinne des Friedensvertrages gefällt werden muß: Oberschlesien bleibt bei Deutschland. (Beifall und Zustimmung.)

Wir fordern, daß Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland bleibt und insbesondere die Kreise Pleß und Rybnik, die mit ihrem bedeutenden Kohlenbergbau ganz auf den übrigen Industriebezirk eingestellt sind, nicht etwa dem Polenstaate angegliedert werden, zumal vor der Abstimmung von keiner Seite die geographische, kulturelle und wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens in Zweifel gezogen worden ist.

Wir fordern, daß die Entscheidung bald ergeht und daß dem rechtswidrigen Raub an deutschem Land, Leben und Eigentum, der zur Schande des Jahrhunderts augenblicklich in Oberschlesiens verübt wird, unverzüglich Einhalt geschieht. (Bravo!) Wir wenden uns über Deutschlands Grenzen an Industrie und Handel der ganzen Welt. Auf Recht und Gesetz, Treu und Glauben ist die Sicherheit und dauernde Blüte des gewerblichen Verkehrs der Völker unter sich und untereinander begründet. Mögen auch im Auslande allerwärts unsere Berufsgenossen ihren Einfluß geltend machen, daß nicht einem schwachen Vertragsteil brutale Gewalt angetan und so eine Saat gepflanzt wird, aus der nichts anderes entsprießen könnte als Haß und Vernichtung! (Lebhafter Beifall.)

Der Führer der christlichen Gewerkschaften.

Präsident des Reichstags Löbe:

Für den Gesamtverband der deutschen christlichen Gewerkschaften wird ihr Geschäftsführer Herr Baltrusch sprechen.

Herr Baltrusch, Geschäftsführer des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften:

Meine Damen und Herren! Wir Deutschen sind ein eigentümliches Volk. Wir glauben: wenn abgestimmt ist, dann ist die Sache in Ordnung. Wir glauben: wenn wir das Ultimatum angenommen haben, dann wird die Sache schon gehen. Man ist sich meistens der Tragweite dessen, was man getan und unterschrieben hat, nicht in vollem Umfange bewußt. Sonst würde sich die Sorglosigkeit, in der sich weite Bevölkerungskreise ergehen, nicht überall zeigen. (Sehr richtig!)

Wir sehen, was Polen durch seine Wühlereien erreicht hat. Der Herr Präsident des Reichstags hat Ihnen gleich eingangs gesagt, was sie schon seit längerer Zeit allenthalben bei den Regierungen des Auslandes, vor allem bei den Regierungen der Entente unternehmen. Wir sehen auch, wie sie im eigenen Lande Versammlungen über Versammlungen abhalten, große Propaganda dafür veranstalten, daß Oberschlesien polnisches Land sein soll von Ewigkeit her und nur von den Deutschen ihnen ungerechterweise entrissen ist und jetzt wiedergeholt werden soll und wie sich das zu dem Bandeneinfall der Korfantyschen Insurgententruppen gesteigert hat. Und bei uns schweigt so ziemlich alles! (Rufe: Leider! — Teilweiser Widerspruch!) Mit einigen Versammlungen glaubt man der Sache beikommen zu können. Wir haben Ursache, unsere Augen offen zu halten (lebhafte Zustimmung) und in Deutschland rechtzeitig jedermann darauf hinzuweisen, was uns in der nächsten Zeit blühen kann.

Frankreich und Polen gehen in der jetzt zur Entscheidung stehenden oberschlesischen Frage Hand in Hand. Darüber lassen sowohl die französischen wie auch die polnischen offiziellen und inoffiziellen Stellen keinen Zweifel. Frankreich möchte im Verein mit Polen das deutsche Wirtschaftsleben so stark schädigen, daß ein Wiedererstarken desselben ziemlich ausgeschlossen ist. Im Westen lauert der Franzose auch in Zukunft auf den geeigneten Moment, der deutschen Volkswirtschaft die Verfügung über die rheinisch-westfälische Kohle zu entreißen. Darüber brauchen wir uns auch keinem Zweifel hinzugeben. (Sehr richtig!)

Der Gesamtzweck, den Frankreich mit diesen Dingen verfolgt, ist für alle klar ersichtlich. Es will zu den Lasten des Friedensdiktates und des wohl oder übel anerkannten Ultimatums Deutschland noch darüber hinaus so schwächen, daß es gegenüber Frankreich auf absehbare Zeit keine Gefahr mehr bedeutet. Charakteristisch hierfür ist ja auch der Ausspruch Clemenceaus, daß 20 Millionen Deutsche zuviel seien. (Hört!

Hört!) Die Polen möchten sich am liebsten überhaupt nicht mehr an den Friedensvertrag und die diesbezüglichen Bestimmungen über Oberschlesien halten, sondern ganz Oberschlesien einsacken. Sie lassen darüber keinen Zweifel, Korfanty sowohl wie die offizielle polnische Regierung. Anders ist der Bandeneinfall Korfantys, der wohlorganisiert und zweifellos von den polnischen offiziellen Kreisen unterstützt wird, gar nicht zu erklären. Man schert sich den Teufel um das Abstimmungsergebnis, schafft ein fait accompli und wartet getrost in der Hoffnung, daß die Ententefreunde dem lieben Schoßkinde Polen daraufhin ganz Oberschlesien, zum mindesten aber die Industriegebiete zusprechen werden.

Trotz der gewiß begrüßenswerten Rede des englischen Premierministers, der Korfantys Vorgehen scharf verurteilte, müssen wir heute noch zähneknirschend zusehen, wie rein deutsche Städte in Oberschlesien von dem fanatisierten Polen zerniert und bedroht werden. (Hört! Hört!) Sie kennen die Nachrichten aus allerletzter Zeit. An unseren Volksgenossen verübt man nach wie vor die scheußlichsten Gewalttaten.

Als die Spitzenorganisationen der gesamten deutschen Gewerkschaften vor einigen Tagen bei den Ententebotschaftern, also beim französischen, englischen und italienischen Botschafter, in der oberschlesischen Frage vorsprachen, wurde besonders vom französischen Botschafter uns gegenüber betont, daß man ja nur 12 000 Mann Truppen in Oberschlesien habe, damit sei nicht viel anzufangen. Ja, wer in aller Welt hindert denn die Entente, mehr Truppen dort zu halten? (Lebhafte Zustimmung.) Sie hat doch die feierliche Verpflichtung übernommen, Leben und Eigentum der gesamten Bevölkerung Oberschlesiens während der von der Entente selbst heraufbeschworenen kritischen Zeit zu schützen! Das Verhalten der Franzosen spricht ja im übrigen jeder Gerechtigkeit und Unparteilichkeit Hohn. Ich bin der Auffassung, daß der General Le Rond nicht der Mann sein und bleiben kann, der für Ruhe und Ordnung in unparteilicher Weise in Oberschlesien sorgen wird. (Stürmischer Beifall und Zustimmung.)

Das Verhalten der Italiener sticht vorteilhaft von dem geradezu herausfordernden Verhalten der Franzosen in Oberschlesien ab. Wenn wir auch nicht verkennen wollen, daß Italien, dem Deutschland aus dem oberschlesischen Kohlenrevier große Mengen Kohlen liefern muß, ein gewisses Interesse daran hat, daß nicht die Polen, sondern schließlich Deutschland Oberschlesien und vor allem das Industriegebiet bekommt, so wollen wir doch mit Dank anerkennen, daß die italienischen Truppen Leib und Leben zum Schutze der Oberschlesier gegen die Korfanty-Banden eingesetzt haben. (Starker Beifall und Händeklatschen.) Wir Arbeitnehmervertreter haben die Gelegenheit des damaligen Vorstelligwerdens beim italienischen Botschafter auch benutzt, um dies namens der deutschen Arbeiter auszusprechen Wir glaubten, dazu verpflichtet zu sein.

Bedauerlich ist es nur, daß die englische Regierung ihre Truppen zu einer Zeit von Oberschlesien wegzog, als die von Korfanty mit allen

Mitteln der Hetze erzeugte Erregung der polnisch tendierenden Leute in Oberschlesien zugenommen hatte. (Hört! Hört!) Warum war Herr Le Rond übrigens gerade um die Zeit abwesend, als Korfanty das friedliche Land überfiel? (Aha!)

Das Gesamtinteresse Europas sowie das Interesse Deutschlands und besonders auch der Arbeitnehmerschaft erfordert dringend, daß Oberschlesien, das lange Jahrhunderte zu Deutschland gehört, das von Deutschland zu großer Blüte geführt wurde, bei Deutschland bleibt. Wir Arbeitnehmervertreter haben die Ententebotschafter besonders darauf hingewiesen, daß, wenn Oberschlesien und im besonderen die oberschlesische Industrie etwa zu einem Teil den Polen zugesprochen werden würde, dann weder für die Interessen Europas und noch viel weniger für die Interessen Deutschlands Vernünftiges herauskommt. (Sehr richtig!) Denn die „polnische Wirtschaft" kann Oberschlesiens Industrie unter keinen Umständen ertragen. Wo sind denn die polnischen Wirtschaftsführer, die imstande wären, die zu hoher Blüte entwickelte oberschlesische Industrie zu führen und besonders für die Leistungen aus dem Friedensvertrage auszubauen? Das Land würde verkümmern, die Industrie niedergehen. Ganz Europa hätte den Schaden. Wir haben auch den Botschaftern keinen Zweifel darüber gelassen, daß sich die deutsche Arbeitnehmerschaft darüber klar ist, daß in dem Augenblick, wo die stärksten Unterlagen der deutschen Volkswirtschaft entrissen werden, an eine Erfüllung der zwangsweise übernommenen Reparations- und Entschädigungsverpflichtungen nicht mehr gedacht werden kann. (Lebhafte Zustimmung.)

Der sogenannte Friedensvertrag zwischen Deutschland und der Entente besagt in seiner Anlage zu Abschnitt 8 in § 5 derselben ganz klar, daß nach

> Beendigung der Abstimmung der Ausschuß den alliierten und assoziierten Hauptmächten die Anzahl der in jeder Gemeinde abgegebenen Stimmen mitteilt und gleichzeitig einen eingehenden Bericht über die Wahlhandlung sowie einen Vorschlag über die Linie einreicht, die in Oberschlesien unter Berücksichtigung sowohl der Willenskundgebung der Einwohner als auch der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ortschaften als Grenze Deutschlands angenommen werden soll.

Ich habe wörtlich zitiert. Ich bin mir keinen Augenblick im Zweifel, daß, wenn das Abstimmungsergebnis, das noch durch eine ungeheure Menge Erschwerungen — man denke daran, daß nur die Leute abstimmen durften, die vor 1904 in Oberschlesien anwesend waren, welche ungeheure Masse von Leuten dort überhaupt nicht abstimmen konnten und welche Erschwerungen der ganzen Abstimmung in den Weg gelegt wurden — zu ungunsten Deutschlands beeinflußt wurde, in so hohem Maße zugunsten Polens ausgefallen wäre, wie es jetzt erfreulicherweise zugunsten Deutschlands ausgefallen ist, dann der Spruch des Obersten Rates ohne langes Zögern sich in der Hauptsache für die Zuteilung Oberschlesiens an Polen ausgesprochen hätte. (Lebhafte Zustimmung.) So aber handelt man hin

und her und glaubt schließlich zugunsten Frankreichs und Polens auch noch die kümmerlichsten Rechte Deutschlands aus dem Vertrage umbiegen zu können.

Stimmen aus London lassen erkennen, daß man dort sogar mit dem Gedanken umgeht, aus Oberschlesien einen sogenannten „Freistaat" zu machen. (Hört! Hört!) Wir müssen von vornherein gegen einen solchen Gedanken protestieren. Er ist im Friedensvertrag, wie Sie aus meinen eben wörtlich zitierten Ausführungen gesehen haben, auf keinen Fall begründet. Deutschland hat sich bereit erklärt, Oberschlesien als autonomes Land im Bestande des Deutschen Reiches anzuerkennen. Dem Lande sind also vollkommen freie Selbstverwaltung und die weitgehendsten Rechte zugesichert. Gegen die Idee der Schaffung eines Freistaates wollen wir uns aufs schärfste auch am heutigen Morgen aussprechen. Das alte Oberschlesien, das durch die Mutter Germania groß und blühend gemacht worden ist in langen Jahrhunderten, eines der ältesten Kinder dieser Mutter, soll und darf nicht von ihr weggerissen werden. (Lebhafter Beifall.) Es darf auch nicht zerhackt werden in verschiedene Teile. Wir verlangen es nach dem Resultat der Abstimmung ganz. Die Zerlegung in einen polnischen und einen deutschen Teil würde es verkümmern lassen. Und von der Entente müssen wir fordern, daß sie schleunigst die Insurgenten vertreibt und bestraft und Ruhe und Ordnung wiederherstellt. Deutschland hat unerhörte Verpflichtungen aus dem Friedensdiktat und dem Zwangsultimatum auf sich genommen. Sollen diese auch nur zu einem wesentlichen Teile erfüllt werden, dann muß der gierige Blick des imperialistischen Polen vom deutschen Oberschlesien abgelenkt und Frankreichs Sucht nach dem rheinisch-westfälischen Kohlengebiet zurückgedämmt werden. (Sehr richtig!)

Um dieses zu gewährleisten, brauchen wir eine einige deutsche Nation. (Stürmischer Beifall.) Wir dürfen uns den Luxus unseres zersplitterten Parteilebens nicht mehr leisten. (Minutenlanger stürmischer Beifall.) Neun Parteien sind zu viel, drei genügen vollauf. (Wiederholter Beifall.)

Die Nation muß zusammenstehen in dieser kritischen Stunde, sie muß ihr Gewissen sondieren, ob wir uns nicht zu stark zersplittern, ob wir nicht die Parteifahne für die Landesfahne halten. (Sehr richtig!) Wir müssen das nachmachen, was in anderen Ländern geschieht: wenn das Banner des Landes hoch geht, sinkt das Parteibanner auf alle Fälle. (Lebhafter Beifall.) Wir müssen in dieser Stunde sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Abgeordneter Keinath für den Großhandel.

Präsident des Reichstags Löbe:

Meine Damen und Herren! Mir wird mitgeteilt, daß ein Bürger von Kattowitz, der durch eine List der Einschließung der Insurgenten entgangen ist, heute hier in der Versammlung erschienen ist. (Lebhaftes

Bravo.) Wenn Zeit übrig bleibt, ist er bereit, nachher in einigen Worten etwas über die Erlebnisse der Stadt und seine eigenen uns mitzuteilen. (Beifall.)

Zunächst aber hat das Wort, und zwar im Namen des Zentralverbandes des deutschen Großhandels der Herr Abgeordnete Keinath.

Reichstagsabgeordneter Keinath, Präsidialmitglied des Zentralverbandes des deutschen Großhandels:

Verehrte Versammlung! Vor wenigen Tagen ist die Entscheidung über die Annahme des Ultimatums gefallen, und in schwerer Sorge für die deutsche Zukunft, aber mit ernstem Willen der Erfüllung rüstet sich das deutsche Volk zur Arbeit. Mitten in diese Tage herein schmettert die französisch-polnische Gewalttat, die, wenn sie Erfolg haben sollte, die Axt an die Wurzel der deutschen wirtschaftlichen Kraft legen und die Erfüllung des Ultimatums absolut unmöglich machen würde. (Sehr richtig!)

Es zieht eine Krisis durch die ganze Welt, als eine Folge der Zerstörungen des Krieges, der Ermattung der Völker und der Zerreißung der Staaten und Verschiebung der staatlichen Grenzen. Langsam steigt der Gedanke auf, daß die Weltwirtschaft letzten Endes eine Einheit sei, und daß, wenn ein so wichtiges Glied der Weltwirtschaft wie die deutsche Volkswirtschaft krank auf den Tod ist, dann allmählich auch die übrige Weltwirtschaft in Krankheit und Tod verfallen würde. (Zustimmung.)

In diese aufsteigende Erkenntnis schmettert die polnische Gewalttat die Fackel herein, die aufs neue das System der internationalen Weltwirtschaft zu zerstören droht, was mit dem Zusammenbruch Europas enden würde.

Was bedeutet Oberschlesien für Deutschland? Alles! Die Wurzeln der deutschen Wirtschaft des Ostens und der Mitte gehen alle nach Oberschlesien. Kohle, Erz, Eisen, Stahl, diese schwerwiegenden Worte umfassen die hohe Bedeutung, die geradezu unbeschreibliche Bedeutung Oberschlesiens für das deutsche Wirtschaftsleben. Was bedeutet Oberschlesien für Mitteleuropa? Geht es in polnische Hand über, so werden die Nachfolgestaaten der Oesterreich-Ungarischen Monarchie mit dem Osten und der Mitte Deutschlands wirtschaftlich zugrunde gehen. Es bedeutet für Italien die völlige Abhängigkeit von dem anderen Nachbar, es bedeutet für Italien die Unmöglichkeit, von Oberschlesien her sich eine gewisse Unabhängigkeit seiner Wirtschaft zu sichern.

Was bedeutet Oberschlesien für Polen? Polen besitzt Kohlen, soviel es nur haben will, ohne Oberschlesien. (Sehr richtig!) Es möge sich doch die Kohlen aus dem Polen holen, das ihm schon längst gehört. (Lebhafte Zustimmung und Bravo!) Was braucht es die Hand auszustrecken nach dem allerdings Wertvollen, was deutscher Fleiß geschaffen hat! (Sehr richtig!)

Und was bedeutet es für Oberschlesien? Wenn Oberschlesien vom Reiche getrennt wird, so stirbt es ab mit Naturnotwendigkeit. Es wird zurücksinken in die Jahre der Vergangenheit, es wird zurücksinken in die

polnische Wirtschaft. (Sehr richtig!) Wer es gut meint mit dem oberschlesischen Volk, der muß ihm die Möglichkeit schaffen, seinem Willen gemäß beim Reiche zu bleiben. (Sehr richtig!) Es ist ein brutaler Rechtsbruch, das haben restlos anerkannt England, Italien, und auch Amerika schließt sich dem an.

Nichts kann Polen, nichts kann Frankreich anführen zur Stützung der Ansprüche. Nicht das historische Recht; denn seit 600 Jahren und mehr teilt die Bevölkerung Oberschlesiens Leid und Freud mit dem deutschen Volke (sehr richtig!) und niemals in dieser langen Zeit ist irgendwie von einem nennenswerten Teil dieser Bevölkerung der Wunsch laut geworden, sich von dem deutschen Volke zu trennen. (Sehr richtig!) Polen kann kein Vertragsrecht anführen. Lloyd George selbst hat es mit aller Klarheit ausgesprochen, daß der Vertrag gegen das polnische Vorgehen spricht und daß es ein Vertragsbruch schlimmster Art ist. Der Versailler Vertrag muß schon mit der Lupe besichtigt werden, wenn man unter den Hunderten von Paragraphen etwas finden will, was Deutschland nützt. Hier ist etwas, was uns nützen könnte, wenn Oberschlesien selbst zu Deutschland stehen will. Das wenige will man uns nun auch noch rauben. (Pfui!) Für die polnischen Ansprüche spricht nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Mit Klarheit und Entschiedenheit hat das Volk in Oberschlesien sich für Deutschland ausgesprochen. Es spricht für Polen nicht das Bedürfnis der Wirtschaft, der wirtschaftlichen Wohlfahrt, und es ist ganz außer Zweifel, daß die wirtschaftliche Wohlfahrt aller um Oberschlesien herumliegenden Landgebiete leiden würde, wenn Oberschlesien zu Polen kommen würde. Es spricht nicht die geographische Notwendigkeit dafür. Oberschlesien gehört nach seiner ganzen Verkehrslage, nach allen seinen wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnissen zu Deutschland.

Und endlich das letzte. Wenn die Völker Rechte anführen, auf die sie die Ansprüche stützen, so kommt vielleicht als letztes das sehr fragwürdige Recht der Eroberung. Nicht einmal das Recht der Eroberung steht den Polen zu; denn sie haben das Land nicht erobert, sondern es ist uns gestohlen worden. (Stürmische Zustimmung.) Und einer der Treuhänder hat sich mit Unterschlagung an dem Diebstahl beteiligt. (Erneute stürmische Zustimmung.) Nicht Recht, noch sonst etwas ähnliches spricht für das polnische Vorgehen. Die Motive können nichts anderes sein, als einerseits Raubbau zu treiben an dem Ertrag deutscher Arbeit nun auch in Oberschlesien, wie es schon geschehen ist in Posen und in Westpreußen, blühenden deutschen Provinzen, die selbst nach polnischem Urteil in der kurzen Zeit so außerordentlich zurückgekommen sind.

Und das Motiv der Franzosen, das ist die Zerstörungswut gegenüber allem, was deutsch ist. (Sehr richtig!) Und hinter dieser Zerstörungswut lauert der alte napoleonische Wahnsinn der Herrschaft über Europa. Wir, glaube ich, dürfen die Frage an das übrige Europa stellen, ob es in seinem Interesse liegt, dem tatenlos zuzusehen, oder ob es nicht recht-

zeitig in dem Sinne eingreifen will, daß die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung Europas wenigstens wieder geschaffen wird.

Wenn es in der Welt noch einen Funken von Vertragstreue, von Gerechtigkeit und von Vernunft gibt, so muß ganz Oberschlesien wieder an Deutschland gegeben werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wir aber, das deutsche Volk und unsere oberschlesischen Landsleute, wir werden auf das unverjährliche Recht der Einheit zwischen Oberschlesien und dem Reich niemals verzichten, mag kommen was da will. (Beifall.) Oberschlesien ist deutsch gewesen jahrhundertelang, Oberschlesien ist deutsch, Oberschlesien will deutsch bleiben, und Oberschlesien wird — mögen die nächsten Wochen bringen, was sie wollen — auch immer wieder deutsch werden. (Stürmischer Beifall.)

Ansprache für den liberalen Gewerkschaftsring.

Präsident des Reichstags Löbe:

Für den Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Verbände spricht Herr Hartmann.

Herr Hartmann, Vertreter des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Verbände:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer sich in den letzten Wochen im Volke umgesehen hat, und wer an den Ereignissen nicht achtlos vorübergeht, der hat zweifellos die Erfahrung gewonnen, daß das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit die Leiden, die unsere oberschlesische Bevölkerung jetzt zu erdulden hat, mitfühlt und mitträgt. Es sind nur wenige unklare Köpfe in unserem Volk, die die Zusammenhänge unserer Wirtschaft nicht verstehen und denen es gleichgültig ist, was mit Oberschlesien wird. Aber über diese Leute hinweg geht der große Strom des gesamten deutschen Volkes, der einig ist in dem Willen: Oberschlesien muß ungeteilt deutsch bleiben. (Beifall.)

Wir stehen hinter unseren oberschlesischen Volksgenossen in dem bitterem Kampfe, den sie jetzt gegen die Willkür zu führen haben. Wir sind leider nicht in der Lage, aktiv in diesen Kampf eingreifen zu können. (Rufe: Leider!) Wir müssen laut unsere Stimme erheben, damit die ganze Welt hört, wo das Recht steht. Und wir wollen in diesem Kampf unser Bestes tun, um auch der oberschlesischen Bevölkerung zu ihrem Recht zu verhelfen.

Was ist denn Recht? Das ist die Frage. Wenn wir uns heute umschauenn, in der ganzen Welt, dann ist vom Rechte, das mit uns geboren ist, wie schon einer unserer ältesten Dichter sagt, leider nie die Rede. Und in der Tat liegen die Dinge heute so, daß man von einem Recht kaum sprechen kann, das heute derjenige, der die Macht in der Hand hat, auch das Recht, das sogenannte Recht, für sich

in Anspruch nimmt. Wir müssen dafür Sorge tragen und mit lauter Stimme in die Welt hinausrufen, daß Unrecht deshalb nicht Recht wird, wenn es vom Stärkeren benutzt wird, sondern das Recht nach wie vor Recht bleiben muß.

Nach Annahme des Ultimatums haben wir im deutschen Volk die Verpflichtung zur Erfüllung der Bedingungen, die wir eingegangen sind. Ich brauche auf diese Frage nicht weiter einzugehen; sie ist von den Herren Vorrednern bereits gestreift worden. Es ist darauf hingewiesen worden, daß jetzt alle Kräfte im Volk vereint zusammenstehen müssen, um das, was nun festgelegt ist, der Erfüllung näher zu bringen. Es ist darauf hingewiesen worden, daß wir nicht in der Lage sind, diese Bedingungen erfüllen zu können, wenn man uns die Quellen wegnimmt, aus denen heraus wir in der Lage sind, mit unserer Kraft das zu erledigen und zu erfüllen, was wir eingegangen sind. Deshalb müssen wir verlangen, daß, wenn wir das, was man uns zwangsweise auferlegt hat, erfüllen sollen, man uns die Möglichkeit gibt, das zu leisten, was wir leisten können, und uns die Quellen der Arbeit nicht verschließt.

Wir müssen dafür Sorge tragen — und das ist vor allen Dingen Aufgabe der Interalliierten Kommission —, daß die Ordnung und das Recht in Oberschlesien wieder hergestellt werden. Die Interalliierte Kommission hat nach dem Friedensvertrag die Verpflichtung, für Recht, für Aufrechterhaltung der Ordnung und für Sicherung des Lebens und des Eigentums Sorge zu tragen. In diesem Kampfe haben die Franzosen versagt. In diesem Kampfe — da stelle ich mich auf die Seite derjenigen Herren, die darüber bereits gesprochen haben — sind wir den Italienern Dank schuldig, für die bewiesene Ritterlichkeit. (Beifall.) Das Volk, das sich bisher immer in der Welt als die Nation der Ritterlichkeit hingestellt hat, das sich die „Grande Nation" genannt hat, hat erbärmlich versagt (Pfuirufe), und nicht mehr ein General Le Rond hat den Oberbefehl, sondern Korfanty hat den Oberbefehl in Oberschlesien.

Meine Damen und Herren! Ich unterschreibe völlig das, was Herr Graßmann bezüglich der Stellung der Arbeitnehmer gesagt hat; ich habe dem nichts hinzuzufügen. Aber wenn auch die Insurgenten die Grenze gegen Oberschlesien abschneiden, bewachen, hermetisch abzuschließen versuchen, so kommt doch immerhin hier und da etwas durch, was uns zugestellt wird. So habe ich gestern die Abschrift eines Aufrufs von Korfanty in die Hand bekommen, der am 13. Mai, mittags ½2 Uhr, in Beuthen herausgegeben worden ist. Infolge der Unruhen in Oberschlesien war es selbstverständlich nicht möglich, den Arbeitern am Pfingstsonnabend die Löhnung vollständig auszahlen zu können, weil die Interalliierte Kommission keine Garantie leisten konnte, daß die Geldtransporte unbehindert an die zuständigen Stellen gelangen würden. (Hört! Hört!) Ebensowenig war sie in der Lage, für die Beförderung der Lebensmittel-

transporte Sorge zu tragen. Sie war machtlos gegenüber den Korfantyschen Banden. Und nun dreht Korfanty den Spieß um und sagt, die deutsche Regierung sei schuld daran, daß die Arbeiter das Geld nicht bekommen haben. (Lautes Lachen.) Er sagt in einem Satz dieses Aufrufs:

> Die deutsche Regierung ist den oberschlesischen Bergwerks- und Hüttenbesitzern Hunderte von Millionen für gelieferte Kohlen und Eisen schuldig. Nächsten Sonnabend soll Lohntag sein. Die Gruben- und Hüttenbesitzer haben alles, was sie nur tun konnten, getan, um das für die Löhnung erforderliche Geld von Berlin zu erhalten. Die deutsche Regierung hat die Auszahlung der geschuldeten Gelder verweigert, geleitet von niedriger Rachsucht an polnischen Arbeitern. Die deutsche Regierung hofft offenbar, daß die empörten Arbeiter sich auf die Gruben- und Hüttenbesitzer und ihre Beamten stürzen werden, daß sie zur Vernichtung der Gruben und Hütten schreiten und das Oberschlesien einer völligen Anarchie verfällt. Die deutsche Regierung glaubt, daß sie auf diese Weise dem Arbeiter seinen mit Strömen des kostbaren Herzblutes errungenen Sieg und seine Befreiung entreißen werde.

(Laute Entrüstung und Pfui-Rufe.) So wird hier die Wahrheit umgebogen. Und es geht noch weiter. Korfanty sagt in diesem Aufruf noch am Schluß:

> Die Interalliierte Kommission in Oppeln wird all ihre Mittel anwenden, um die deutsche Regierung zu zwingen, die von ihr geschuldeten Gelder zu zahlen.

(Lachen und Hört! Hört!-Rufe.)

Die interalliierte Kommission hat erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, garantieren zu können, daß die Gelder an die richtigen Stellen geleitet werden. Und nun sagt Korfanty weiter:

> Sollten die Bemühungen der Interalliierten Kommission erfolglos bleiben, dann werden wir uns Rat schaffen. Wir werden unser eigenes oberschlesisches Geld herausgeben, garantiert durch den Wert der Gruben und Hütten. Dieses Geld wird bei weitem die deutsche Mark übersteigen.

(Lachen.)

In dieser Art, meine Damen und Herren, versucht jener Räuberhauptmann (sehr wahr!) auf die Stimmung der Arbeiterschaft einzuwirken und ihr unmögliche Dinge vorzureden, die jeder verständige Mensch von selbst als falsch zurückweisen muß. Und dann kommt noch das beste aus diesem Aufruf. Korfanty sagt:

> Die deutsche Regierung hat endgültig auf alle ihre Rechte auf Oberschlesien verzichtet, da sie die für die Löhnung nötigen Gelder verweigert hat.

(Lautes Lachen.)

Meine Damen und Herren, wenn man diesen Aufruf das erste Mal liest oder hört, dann muß man sich an den Kopf fassen und sich fragen, ob denn bei diesem Korfanty die Vernunft überhaupt ganz und gar zum Teufel gegangen ist. (Sehr richtig!) Wenn man imstande ist, der Bevölkerung von Oberschlesien durch einen solchen Aufruf Potemkinsche Dörfer vorzumalen, dann verliert man das Anrecht, ernst genommen zu werden. (Zustimmung.) Und ein solcher Mann ist es, der über dem General Le Rond das Kommando für Oberschlesien in der Hand hat. Wo wir hinkommen würden, wenn unter diesem Führer und der polnischen Regierung und dem polnischen System Oberschlesien den Polen überantwortet werden sollte, das bedarf keiner weiteren Ausführungen, das sieht jeder ein, der irgend etwas davon versteht.

Meine Damen und Herren! Herr Graßmann hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, welch ungeheure Schädigung es für die Arbeitnehmerschaft sein würde, wenn Oberschlesien zu Polen käme oder wenn nur ein Teil von Oberschlesien zu Polen käme; nicht nur für die Arbeitnehmer Oberschlesiens, nein auch für die Arbeitnehmer Deutschlands an sich. Ich habe vor wenigen Wochen Gelegenheit gehabt, einige Tage im polnischen Gebiet, um Bromberg herum, zu sein. Da habe ich gesehen, mit welch ungeheuer brutalen Mitteln die polnische Regierung jetzt gegen die deutschen Arbeiter in diesem Gebiet vorgeht. (Hört! Hört!) Wir haben in Deutschland vor dem Kriege die polnische Berufsorganisation als eine gleichberechtigte Arbeitnehmerorganisation anerkannt, wir haben sie immer mit hinzugezogen. Die polnische Regierung hat jetzt in dem östlichen Teile unseres Landes bereits verfügt, daß alle deutschen Arbeitnehmerorganisationen, die irgendwie mit den Deutschen in Verbindung stehen, verboten sind und aufgelöst werden müssen. (Hört! Hört! und Pfui!) Das ist das, was man Koalitionszwang nennt. Von Koalitionsfreiheit keine Rede mehr. Und die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte in Bromberg, die sich zum Teil noch aus alten deutschen Leuten zusammensetzen — die große Mehrheit ist ausgewandert —, hat man gezwungen, aus ihren altbewährten Organisationen herauszugehen und sich der polnischen Berufsorganisation anzuschließen. (Pfui!) Das nennt man dann in jenen Kreisen Recht und Gerechtigkeit.

Meine Damen und Herren! Es bleibt für uns nur die eine Forderung übrig, und wir sind uns, glaube ich, alle einig: Oberschlesien muß ungeteilt deutsch bleiben, wenn in der Welt überhaupt wieder Vernunft und Ruhe eintreten soll. (Lebhafter Beifall.)

Der Führer der Industrie.

Präsident des Reichstags Löbe:

Jetzt wird noch Herr Dr. Walter Rathenau die Freundlichkeit haben, einige Worte an Sie zu richten.

Herr Dr. Walter Rathenau:

Meine Damen und Herren! Als am 4. August 1914 ein deutscher Staatsmann das unglücklichste politische Wort sprach, das je in unserem Lande vernommen wurde, als er von einem Fetzen Papier sprach und einen Vertrag meinte, da ging ein Sturm durch das britische Weltreich, und dieser Sturm führte zum Kriege. Wir sagten damals: es ist Notwehr. Aber das britische Imperium sagte: Verträge müssen gehalten werden. Darin liegt Wahrheit. Denn gegenüber der rücksichtslosen Gewalt, in die die Völker verfallen, wenn sie ungebändigt ihre Interessen verfolgen, gibt es nur ein einziges völkerrechtliches Mittel, das Mittel des Vertrages, das Mittel des geheiligten Vertrages zwischen Völkern.

Ein solcher Vertrag ist abgeschlossen worden zwischen allen zivilisierten Nationen der Erde. Nicht ein Vertrag der Gerechtigkeit, aber ein Vertrag, der unterschrieben wurde von 28 Völkern, versehen mit allen Zeichen der Heiligkeit, die internationalen Verträgen zugebilligt wird. Zwei Jahre besteht dieser Vertrag. Was ist aus ihm geworden? Wo ist die Heiligkeit dieses Vertrages von Versailles geblieben? Angenagt im Westen und gebrochen im Osten.

Wer hat diesen Vertrag im Osten gebrochen? Das Volk der Polen. 120 Jahre lang haben die Polen in der Welt sich beklagt über geschehenes Unrecht, über Vergewaltigung. Ihre Männer sind als Sendboten durch die Länder der Erde gezogen und haben aufgerufen für das Recht und gegen die Gewalt. Und jedesmal, wenn dieser Aufruf durch Europa ging, hat er Widerhall gefunden: Selbst in Deutschland. Denn nie hat sich das deutsche Gewissen dem verschlossen, der Recht suchte und der an Gerechtigkeit appellierte.

Dieses Polen ist wiederum erwacht zur selbständigen und souveränen Nation. Ihre erste Handlung ist die des Bruches desjenigen Vertrages, dem sie ihre Souveränität und Nationalität verdankt. Lloyd George hatte die Polen gefragt: worauf stützt ihr euch denn, habt ihr diesen Vertrag von Versailles verfochten, mit wessen Blut ist dieser Krieg und Sieg erkämpft worden, etwa mit dem Blute der Polen? Diese Frage hat man in Warschau beantwortet mit einer Flut von Insulten. Eine Antwort der Vernunft konnte nicht gegeben werden.

Die Vergewaltigten aber sind wir. Wir haben den Vertrag unterschrieben. Wir haben das Ultimatum unterschrieben. Und da wir eine Nation der Billigkeit sind, so werden wir das halten, wozu wir uns verpflichtet haben. Wir rufen unser Volk nicht auf zum Haß und nicht zur Revanche. Aber dafür verlangen wir die Gerechtigkeit vor der Welt, und diese Gerechtigkeit kann uns nicht verweigert werden. (Sehr gut!) Die Gerechtigkeit hat sich immer noch auf Erden wieder hergestellt nach langer oder nach kurzer Zeit. (Sehr richtig!)

Wir haben in Deutschland Unsägliches dulden müssen. Unser Land ist zerfleischt, unsere Mittel sind erschöpft. Wir sehen einer trüben Zu-

kunft entgegen. Was uns aber aufrecht erhält, das ist der Glaube an unsere unverbrüchliche Gemeinschaft. (Bravo!) Der Aufruf zur Einigkeit, den Sie gehört haben, ist der Aufruf zur Stunde. Wir sind und bleiben ein Volk von 60 Millionen, und die Welt soll wissen, daß dieses Volk sich seiner Kraft bewußt ist. (Bravo!) Nicht zum Kriege, aber zur Arbeit. (Bravo!) Und nicht nur zur Arbeit, sondern auch zur Vertretung seines Rechts. (Zustimmung.)

Mit friedlichen Mitteln werden wir dieses Recht vertreten. Aber es wird uns nicht genommen werden können. Und wenn der unglückselige Fall eintreten sollte, wenn unverantwortliche Menschen es wagen sollten, dieses Land vorübergehend von Deutschland zu trennen, dann wird ein Fall in der Welt entstehen, der weit schwerer auf dem Frieden und auf dem Gewissen der Nationen lasten wird als Elsaß-Lothringen. (Lebhafte Zustimmung.) Dann wird eine Wunde in der Mitte von Europa entstehen, die sich niemals schließt, und die nur geheilt werden kann durch Gerechtigkeit.

Diese Versammlung, meine Damen und Herren, ist ein Aufschrei unseres Gewissens, und dieser Aufschrei richtet sich an alle Mächte der Sitte, der Vernunft und des Gewissens in der Welt. Diese Mächte sind nicht erstorben. Es ist von einem der Herren Redner ein Wort unseres großen Freiheitsdichters erwähnt worden. Deswegen mag die Versammlung ausklingen in einem anderen Wort desselben großen Dichters, den wir in dieser schweren Zeit doppelt als den unseren fühlen. Er legt es einem Volk in den Mund, das ebenso wie wir Unrecht leidet, und er sagt:

Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last — greift er
Hinauf getrosten Mutes in den Himmel
Und holt herunter seine ewgen Rechte,
Die droben hangen unveräußerlich
Und unzerbrechlich, wie die Sterne selbst.

(Lebhafter Beifall.)

Der Wortlaut der Entschließung.

Präsident des Reichstags Löbe:

Meine Damen und Herren! Der Allgemeine freie Angestelltenbund teilt uns in letzter Stunde mit, daß der für die heutige Versammlung vorgesehene Redner, der Herr Abgeordnete Giebel, erkrankt ist und deswegen vor Ihnen nicht sprechen kann. Ich nehme aber an, daß Sie noch die kurze Ansprache unseres Bürgers aus Kattowitz anhören wollen. (Zustimmung.)

Ich möchte nur vorher bitten, Ihnen einstweilen eine Entschließung mitteilen zu dürfen, die das Bureau Ihnen unterbreitet. Es sind nur wenige Zeilen. Sie lautet:

Die von Vertretern aller erwerbenden Schichten aus Industrie, Handel und Landwirtschaft, Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildete Versammlung erhebt nachdrücklichst dagegen Protest, daß die Selbstbestimmung des oberschlesischen Volkes und die im Vertrag von Versailles uns feierlich verbrieften Rechte durch die Gewaltakte der Polen beseitigt werden sollen. Sie fordert von den alliierten Mächten, die den Schutz des Landes und seiner Bewohner und die Wahrung ihrer Rechte feierlich gelobt haben, daß sie den Gewalttaten ein sofortiges Ende bereiten und die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens nach dem Ergebnis der Volksabstimmung durch seine ungeteilte Uebergabe an Deutschland herbeiführen.

Den Freistaatgedanken weist das deutsche Volk als ein Bruch des Friedensvertrages mit Entschiedenheit zurück. Das deutsche Volk hat durch Annahme der Londoner Forderungen seine Bereitschaft zur Uebernahme fast unerträglicher Lasten erklärt. Es kann unmöglich dulden, daß die Artikel des Vertrages, welche uns und unseren oberschlesischen Landsleuten Rechte einräumen, durch willkürliche Gewaltakte gebrochen werden. Wir fordern Gerechtigkeit und Schutz für das gequälte oberschlesische Volk.

(Lebhafter Beifall.)

Ich bitte nunmehr Herrn Hanke aus Kattowitz das Wort zu ergreifen. (Erneuter Beifall.)

Ein Flüchtling aus Kattowitz.

Herr Hanke (Kattowitz): Meine Damen und Herren! In meiner Eigenschaft als leitender Beamter des Deutschen Metallarbeiterverbandes für Schlesien habe ich zeitweise meinen Wohnsitz in Kattowitz, um dort meine Tätigkeit ausüben zu können. Wenn ich dies hervorhebe, so möchte ich gleich von vornherein bekunden, daß es abgesehen von dem allgemeinen Mitgefühl, daß jeder Mensch für seine leidenden Mitmenschen haben muß, vornehmlich die Leiden der Arbeiterklasse verursacht haben, daß ich den Auftrag der Vertreter aller Parteien und aller Gewerkschaften, die in Oberschlesien bezw. in Kattowitz ihren Sitz haben, ausführen möchte, nämlich dort, wo es notwendig und angebracht ist, eine kurze Schilderung der Leiden unserer oberschlesischen, deutsch gesinnten Volksgenossen aller Parteien zu geben.

Es war am Montag, den 1. Mai, als uns am Abend in Kattowitz bekannt wurde, daß in Laurahütte in der Nähe von Myslowitz sich Haller-Soldaten bemerkbar machten und daß des nachts Waffen verteilt werden sollten. Am 3. Mai morgens um 4 Uhr wurden Schüsse in Kattowitz laut und die Insurgenten drangen von allen Seiten in Kattowitz ein. Wer Kattowitz kennt, weiß, daß der Mittelpunkt der Stadt der Ring heißt. Auf dem Ring befindet sich das Stadttheater. Im Stadttheater sind 100 fran-

zösische Soldaten einquartiert. Die Insurgenten drangen bis unmittelbar an den Ring heran, und die französischen Soldaten verhielten sich passiv. (Pfuirufe.)

Meine Damen und Herren! Die Pfuirufe machen Ihrem Herzen und Ihrer edlen Entrüstung alle Ehre, aber lassen Sie mich das alles ruhig erzählen, was ich auf dem Herzen habe. Die Polen drangen um 9½ Uhr bis an den Ring heran. Da erst fühlte sich der französische Offizier veranlaßt, nachdem schon 5 Stunden lang zum Entsetzen der Frauen und Kinder und Männer in Kattowitz die Schüsse in einem fort hörbar waren, einige Schreckſalven abzugeben.

Die Insurgenten waren in Zivilkleidern, waren aber versehen mit neuen Patronentaschen, neuen Gewehren und neuen Ledergürteln. Wenn ich das hervorhebe, so will ich damit ausdrücklich zu erkennen geben, daß die Ansicht der notleidenden Bevölkerung Oberschlesiens zweifellos richtig ist, daß, wenn sich auch die polnische Regierung nach außen hin von Korfanty losgesagt hat, die Waffenlieferungen sicher aus Polen stammen. (Sehr wahr!) Sie mögen auf Grund ihrer politischen Stellung verschiedene Anschauung haben, Sie haben aber die Pflicht, dem zu glauben, der die Not und die Leiden und die Abschlachtung unserer Volksgenossen ob Arbeiter oder Beamte, mit angesehen hat. (Sehr richtig!) Sie, die Sie allerdings, was ich bis zu einem gewissen Grade verstehe, es unter Umständen nicht glauben können, dürfen nicht daran zweifeln, wenn Sie nicht in der Lage sind, einen Gegenbeweis zu liefern.

Am Nachmittag des 3. Mai begab sich eine Abordnung der deutschen Gewerkschaften aller Richtungen zu dem französischen Kreiskontrolleur, der die maßgebende Instanz der Interalliierten Kommission darstellt, und wies darauf hin, daß Kattowitz von den Insurgenten eingekreist sei. Es wurde von dem französischen Major versprochen, daß der Belagerungszustand verhängt und die Entwaffnung der Insurgenten vorgenommen werden würde. Die Bestimmungen des Belagerungszustandes wurden verkündet, und die Folge davon war, daß Korfanty am 4. Mai ebenfalls einen Belagerungszustand verkündet hat. (Hört! Hört und Lachen.)

In den Bestimmungen des Belagerungszustandes der Interalliierten Kommission hieß es freilich: Wer innerhalb des Kreises Kattowitz oder der Stadt Kattowitz mit Waffen in der Hand angetroffen wird, dem wird die Waffe weggenommen. Der Kreis der Insurgenten hat sich um Kattowitz bis zu Pfingsten so eng gezogen, daß man den unbesetzten Teil der Stadt Kattowitz in gemächlichem Schritt in sieben bis neun Minuten durchqueren konnte. (Hört! Hört!) Jeden Abend um 6 Uhr begann die Schießerei der Insurgentenposten, die die ganze Nacht hindurch anhielt. Die armen Frauen und Kinder konnten in den Häusern keinen Schlaf finden. Sie werden es begreifen, wenn ich auch daran erinnere, welche entsetzlichen Qualen die in Schwangerschaft befindlichen Frauen aushalten mußten. Handgranaten wurden auf die Straßen geworfen, die Knallerei war furchtbar Nacht für Nacht. Zum Hohn auf die Versprechungen der

französischen Behörden in Kattowitz hat man wahrgenommen, daß da, wo die Insurgentenposten standen, wenige Schritte davon der französische Posten, anstatt gemäß dem Belagerungszustande den Insurgenten die Waffen fortzunehmen, französische Soldaten mit den Insurgenten Karten gespielt und Zigaretten ausgetauscht haben. (Hört! Hört! und Pfui!)

Was die Italiener getan haben, ist bereits mitgeteilt worden. Die englischen Offiziere haben ihrem Unmut und ihrer Entrüstung so weit öffentlich Ausdruck verliehen, daß seit über anderthalb Wochen, nach dem vierten Tage des Aufstandes, englische und französische Offiziere sich nicht mehr gegrüßt haben. (Hört! Hört!)

In den Ortschaften, wo die Insurgenten die Macht ergriffen hatten, wurden zwangsweise Heereseinziehungen vorgenommen. Die im Alter von 18 bis 35 Jahren Stehenden, in manchen Orten bis zum vierzigsten Lebensjahre, wurden gezwungen, gegen ihren Willen die Flinte zu ergreifen und sich den Insurgenten anzuschließen. Es wurde gefragt, wer Chargierter im Kriege gewesen sei. Wer die Angabe darüber verweigerte, wurde verprügelt. Wer sich dem Heeresdienst entzog, wurde erschossen. Als ein Arbeiter auf der Ferdinandgrube bei Kattowitz die polnische rotweiße Flagge von dem dortigen Turm herunterholte, wurde er ebenfalls erschossen. (Große Erregung.) Verschleppt wurden diejenigen, die als Deutschgesinnte während und vor der Abstimmung bekannt geworden waren.

Noch eine Schilderung, meine Damen und Herren! Es waren etwa 600 bis 800 Flüchtlinge nach Kattowitz gekommen, sie waren in der sogenannten Baugewerkschule einquartiert. Am Donnerstag, den 5. Mai, gingen diese Flüchtlinge truppweise nach einem naheliegenden Restaurant, um ihr Essen zu holen. Die in der Nähe befindlichen Insurgenten haben in diese Flüchtlinge hineingeschossen, und es gab mehrere Verwundete. (Erneute Pfuirufe.) Was war die Folge davon? Daß die Flüchtlinge ihr Asyl, die Baugewerkschule, räumen mußten und die Insurgenten sie besetzen konnten.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zum Schluß. Am Sonnabend, den 14. Mai, haben die polnisch gesinnten Stadtverordneten aus Kattowitz an den Magistrat das Ansinnen gestellt, die Stadt Kattowitz den Insurgenten zu übergeben. Die deutschgesinnten Stadtverordneten und der Magistrat lehnten es ab. (Lebhafter Beifall.) Als der französische Kreiskontrolleur erklärte, das wäre wohl die beste Lösung, da wurde ihm von den deutschgesinnten Stadtverordneten erwidert: Das wäre vielleicht das richtige Mittel für Sie, damit Sie als Besatzung hier aus Kattowitz abziehen können; aber Sie haben bei Beginn der Besatzung verkündet, daß eine neue Zeit der Gerechtigkeit, der Ordnung und Freiheit heranbrechen werde. (Lachen.) Sie haben mit der Uebernahme der Verwaltung Oberschlesiens die Verpflichtung übernommen, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, und Sie haben diese Verpflichtung auszuüben. Der Magistrat

und die Stadtverordnetenmehrheit hat es also abgelehnt, trotz der seelischen Depression und des Nahrungsmangels, dem Ansinnen der polnisch Gesinnten zu entsprechen. (Erneuter Beifall.)

Wie großzügig der Plan der polnisch Gesinnten angelegt war, das kann ich an einem Aufruf beweisen, der von allen polnischen Gewerkschaften, auch den sozialistischen, und allen politischen Parteien Polens einschließlich der polnischen sozialistischen Partei unterzeichnet ist. In diesem Aufruf heißt es: Lieber werden die Gruppen und Hütten vernichtet, als daß man einen Fußbreit Oberschlesiens wieder zurückgeben darf. (Pfuirufe.)

Ich komme zum Schluß. Ich habe bis in die höchsten Spitzen in den letzten beiden Tagen in Berlin das sehnsüchtige Verlangen nach Hilfe hineingetragen. Ich appelliere an Sie in zwiefacher Beziehung. Nachdem es mir vergönnt war, in Verkleidung und mit Unterstützung einiger noch anständig denkender Menschen aus Oberschlesien herauszukommen, habe ich, nachdem ich von manchem lieben guten Freunde und manchem Gesinnungsgenossen und Volksgenossen unter Umarmung Abschied genommen habe — denn wir wissen, daß Kattowitz die Ecke nach Polen bildet, und es ist sehr fraglich, ob man alle guten Freunde wiedersieht —, am ersten Feiertag abend in Kattowitz die Verpflichtung übernommen und mein Wort gegeben, wo ich es möglich machen kann, meine Stimme zu erheben, um alle gesitteten Menschen der ganzen Welt dafür zu gewinnen, daß sie ihre Sympathie und ihre Unterstützung der unschuldig leidenden Bevölkerung in Oberschlesien zuteil werden lassen. (Lebhafter Beifall.) Ich geize nicht nach Ihrem Beifall, mir ist das Bild, in dem sich unsere Volksgenossen dort befinden, viel zu heilig, als daß ich wünschen könnte, durch Beifallsturm unterbrochen zu werden. Ich verlange allerdings von Ihnen, meine Damen und Herren, daß Sie Ihre Stimme erheben, nicht nur heute in diesem Saale, nicht nur unter dem Eindruck dieser Versammlung, sondern bei jeder Gelegenheit an die Mächtigen der Welt, die heute die Ententeregierungen darstellen. (Zuruf: Wir wollen selbst handeln!) Es ist meines Erachtens jedem die Möglichkeit gegeben, in dem Kreise seiner Arbeitsgenossen und Kollegen und der Parteigenossen Propaganda zu machen, damit die gegenwärtigen Machthaber der Welt endlich mürbe werden. Ein großer Dichter und Denker sagte einmal: die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Ich rufe von hier aus den heutigen Machthabern, den Staatsmännern, die jetzt die politischen Geschicke Europas in den Händen halten, zu: hütet euch, daß nicht dereinst kommende Geschlechter in der Weltgeschichte die berechtigte Anklage gegen euch erheben, daß ihr es waret, die ein Volk habt leiden lassen, das unschuldig durch Raub, Mord und Totschlag um seine ideelle und physische Existenz gebracht wurde.

In diesem Sinne bitte ich meine Worte aufzufassen. In diesem Sinne bitte ich Sie, meine Damen und Herren, ganz gleich, was Sie für eine Stellung im öffentlichen oder politischen Leben einnehmen, nicht mit

dem heutigen Handaufheben, nicht mit der heutigen Kundgebung Ihren sogenannten Protest gegen das Unrecht als abgeschlossen zu betrachten. Nein, wirken Sie in Ihren Kreisen, erheben Sie da und dort Ihre Stimme, damit endlich zu einer Selbstverständlichkeit wird, was das alte Wort sagt: Recht muß doch Recht bleiben. In dem Gedanken daran, daß tagtäglich die Opfer in Oberschlesien sich vermehren, bitte ich Sie, Ihre Stimme niemals verhallen zu lassen, damit die Mächtigen der Welt die Pflicht in sich fühlen, der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen. (Beifall.)

Die Abstimmung.

Präsident des Reichstags Löbe:

Meine Damen und Herren! Wir sind am Schluß unserer Versammlung angelangt. Ich bitte aber, damit unsere Entschließung in die Welt hinausgehen kann, alle diejenigen, welche ihr zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich danke Ihnen, die Entschließung ist mit erdrückender Mehrheit oder einstimmig angenommen.

Unseren oberschlesischen Volksgenossen aber rufen wir zu: harret aus, bleibet fest und hofft darauf, daß wir alles tun werden, damit ihr aus eurer Lage erlöst werdet! (Lebhafter Beifall.)

Die Versammlung ist geschlossen.

(Schluß der Versammlung 1 Uhr 5 Minuten.)

Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 48. — 1526.

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 074714830